

## **(Zusammenfassung 1645 - neu: Städte-Gemeindebund, Bürgerinitiative) Streit um Erdverkabelung und Hochspannungsleitungen geht weiter**

---

nsb0089 3 pl 410 lni 4508

Umwelt/Energie/Windkraft/ (Zusammenfassung 1645 - neu: Städte-Gemeindebund, Bürgerinitiative) Streit um Erdverkabelung und Hochspannungsleitungen geht weiter =

Hannover (dpa/lni) - Im Streit um den Ausbau des Stromnetzes bei der Nutzung von Windenergie ist weiterhin keine Einigung in Sicht. Bei einer öffentlichen Anhörung im Niedersächsischen Landtag in Hannover berieten Sachverständige und Interessenvertreter am Montag darüber, wie der Strom der Windparks an Land weitergeleitet werden sollte. Während Bürgerinitiativen eine Erdverkabelung fordern, bevorzugen die Netzbetreiber aus Kostengründen Hochspannungsleitungen.

Hintergrund ist die geplante 60 Kilometer lange Trasse von Ganderkesee nach Sankt Hülfe (Niedersachsen). Der Netzbetreiber E.ON will hier neue Freileitungen für rund 45 Millionen Euro bauen. «Nimmt man bei Erdkabeln einen Mehrkostenfaktor von sieben, würde die Trasse rund 300 Millionen Euro kosten», sagte Sprecher Christian Schneller. Die Regulierungsbehörde für Strom und Gas müsse entscheiden, ob diese Kosten dann auf die Verbraucher umgelegt werden könnten. Eon sperre sich nicht grundsätzlich gegen eine Verkabelung.

Bereits Mitte Februar hatten sich die Fraktionen von CDU, FDP und SPD für die Verlegung von Erdkabeln ausgesprochen, um den Bedenken der Bevölkerung Rechnung zu tragen, die gesundheitliche Risiken durch die Hochspannungsleitungen befürchten. Auch die Grünen unterstützen die Erdverlegung, fordern allerdings eine Kosten-Nutzenanalyse. Die Trasse Ganderkesee-Sankt Hülfe könnte als Pilotprojekt dienen, sagte ein Sprecher.

«Das Kabel ist teurer als die Freileitung, verliert aber weniger Strom», sagte Prof. Heinrich Brakelmann von der Universität Duisburg. Prof. Edmund Handschin von der Uni Dortmund mahnte, bei der Wahl zwischen Kabel und Leitung müssten neben dem Kostenfaktor auch Umwelt- und Sicherheitsaspekte berücksichtigt werden. «Wir wollen keine Lösung, die nur einem dieser Punkte zuzuordnen ist», sagte Handschin.

Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund will neue Stromleitungen grundsätzlich unterirdisch führen. Die Akzeptanz von Freileitungen durch die Bevölkerung sei stark gesunken, hieß es. Die Bürgerinitiative «Vorsicht Hochspannung» warf E.ON gewinnorientiertes Handeln vor. Das Unternehmen dürfe umweltschonende Technologien nicht weiter blockieren, sagte Sprecher Jens Kammann. Zudem sei ein Gesamtkostenvergleich nötig, der nicht nur die Errichtungskosten betrachte, sondern eine wirtschaftliche Bewertung über gesamte Nutzungsdauer hinweg.

Mit dem Aufbau der Windenergieparks in Nord- und Ostsee (Offshore- Parks) bis 2007 wird sich das Hauptproblem der Stromnetz-Betreiber weiter verschärfen: Es gibt zu wenig Hochspannungsleitungen, um den Strom von den abgelegenen Produktionsstandorten im Norden zu den großen Verbrauchszentren im Westen und Süden des Landes weiterzuleiten.

Deshalb müssten bis 2015 rund 850 Kilometer zusätzliche Hochspannungsleitungen gebaut werden. Davon entfallen nach Angaben der E.ON-Netz GmbH rund 200 Kilometer auf Niedersachsen. Zusammen mit Netzverstärkungsmaßnahmen auf etwa 400 Kilometern Länge seien Investitionen von rund einer Milliarde Euro nötig, sagte E.ON- Sprecher Schneller.

dpa ar yyni mk  
231648 Mai 05

